

## Situation und Perspektiven:

# Unterrichtsversorgung und Lehrereinstellung an den öffentlichen Gymnasien in Baden-Württemberg

Von Ministerialrat Hermann Reichert

*(Referat Bedarfsplanung, Lehrereinstellung und Statistik beim Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg)*

***Im Rahmen der Hauptvorstandssitzung des Philologenverbandes Baden-Württemberg, die am 14. Dezember 2007 im Stuttgarter Hospitalhof stattfand, hielt Hermann Reichert, Ministerialrat im Kultusministerium (Referat Bedarfsplanung, Lehrereinstellung, Statistik), einen Vortrag über die Situation der Unterrichtsversorgung und der Lehrereinstellung an Baden-Württembergs öffentlichen Gymnasien. Nachfolgend die von Ministerialrat Hermann Reichert erstellte Zusammenfassung seines Vortrags im Wortlaut:***

### ***Fahrplan Lehrereinstellung für das Schuljahr 2007/08***

Die wesentlichen Stationen zur Ermittlung der Einstellungsquantitäten und Zuweisung der zur Unterrichtsversorgung erforderlichen Ressourcen (Lehrerwochenstunden) sind:

- Festlegung der Einstellungsquantitäten für die Februareinstellung sowie für die Verfahren Zusatzqualifikation und Stellenausschreibung im **November 2006**. Grundlage hierfür ist der Ersatzbedarf insbesondere durch Lehrkräfte, die in Ruhestand gehen wollen. Dieser ergibt sich aus der Ersatzbedarfsprognose. Entscheidend aber für die Höhe der zur Sicherung der Unterrichtsversorgung notwendigen Ressourcen sind die Schülerzahlentwicklung, bildungspolitische Neuerungen sowie die Umsetzung politischer Entscheidungen. Bei den Gymnasien bedeutete dies für das Schuljahr 2007/08 zusätzliche Stellen für einen geschätzten Schülerzuwachs um 4.000, die Berücksichtigung des Zusatzbedarfs durch die weitere Einführung von G8 sowie die Sperrung von Lehrerstellen wegen des geplanten Wegfalls der Altersermäßigung und der Abschöpfung des Versorgungsgewinns durch die zusätzlichen Unterrichtsstunden der Referendare und Referendarinnen zur Vermeidung eines NC im Vorbereitungsdienst. Weil bekanntlich in dieser Legislaturperiode trotz Schülerrückgangs im öffentlichen Schulbereich keine Stellen gestrichen, sondern zur Finanzierung der bildungspolitischen Vorhaben eingesetzt werden, mussten im erforderlichen Umfang Stellen zu Lasten der Schularten mit rückläufigen Schülerzahlen - insbesondere der Grund- und Hauptschulen - umgeschichtet werden. Rein rechnerisch müssten Ersatzbedarf und Stellenplus durch Umschichtung für eine zufrieden stellende Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Gymnasien reichen. D.h. der Pflichtunterricht ist gesichert und zusätzliche Stunden für den so genannten Ergänzungsbereich sollten vorhanden sein. Allerdings lassen Schülerprognose und Ersatzbedarfsprognose nur eine grobe Einschätzung der Versorgungs- und Einstellungssituation zu. Daher richtet sich bei den Planern im Ministerium das Augenmerk auf die Bedarfsmeldungen der Schulleitungen (über LAV) als Konkretisierung der Schülerprognose sowie auf die Ergebnisse der Auswertung der Lehrerstellendatei mit dem Ziel der zum Schuljahresbeginn freiwerdenden Stellen, als das Korrektiv zur Ersatzbedarfsprognose.
- Die Lehrkräfte hatten ihre stellenwirksamen Veränderungswünsche (u.a. Beurlaubung, Ruhestand, Teilzeitbeschäftigung, Versetzung) der Schule bis spätestens 7. Januar 07 - jeweils der erste Schultag im neuen Jahr - zu melden.

- Bis spätestens 18. April 07 erfolgte die Verbuchung dieser Veränderungswünsche im Verfahren L-DIPSY durch die zuständigen Regierungspräsidien.
- Bis 6. Mai 07 wertet das Kultusministerium die Lehrpersonendatenbank gezielt daraufhin aus, welche Stellen ab dem ersten Schultag am 8. September 07 frei sind. Ausscheidende Lehrkräfte, in Beurlaubung gehende Lehrkräfte und Anträge auf Teilzeitbeschäftigung bewirken Stellenfreisetzungen, Rückkehrer aus Beurlaubung oder Aufstockung der Teilzeitbeschäftigung führen zu Stellenbelegungen. Noch nicht bekannte stellenwirksame Personalvorgänge wie Tod, Dienstunfähigkeit oder Elternzeit können in der ermittelten Zahl der Stellenfreisetzungen nicht enthalten sein. Deshalb wird ein so genannter Swing - geschätzt aus den Erfahrungen der letzten Jahre - hinzu gerechnet. Überraschend und nicht sofort erklärbar lag die Zahl der Stellenfreisetzungen plus Swing etwa 100 Stellen unter dem Wert der Ersatzbedarfsprognose. Auf der anderen Seite entfielen die geplanten Stellensperrungen, weil der Wegfall der Altersermäßigung nun doch erst im Zusammenhang mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre erfolgen soll und hierüber längere Verhandlungen der Landesregierung mit den betroffenen Verbänden zu erwarten sind.
- Die von den Schulleitungen über LAV ermittelten Lehrerberichte lagen - aggregiert auf Landesebene - zum **28. Mai 2007** dem Ministerium vor. Nach diesen Meldungen sollte der Schüleranstieg an den Gymnasien mit 3.500 etwas geringer als in der Schülerprognose ausfallen. Erfreulich deshalb, weil keine weiteren Stellenumschichtungen nötig waren. Am Wert der Schülerprognose und damit an der Zahl der notwendigen Einstellungen wurde vor allem wegen der hohen Klassenfrequenzen an dieser Schulart festgehalten.
- So konnten zum **6. Juni 07** die Gesamtzahl der Einstellungen festgestellt und die insgesamt verfügbaren Lehrerstellen (lt. Staatshaushaltsplan + Stellenumschichtungen - Stellensperrungen) entsprechend den Bedarfsmeldungen der Schulleitungen (insbesondere Schülerzahlen) auf die Regierungspräsidien verteilt werden. Diese wiederum wiesen den Schulleitungen ihres Bereichs zunächst die nötigen Stunden für den Pflichtunterricht zu und sollten die Poolstunden dazu nutzen, individuelle Belange an einzelnen Standorten gesondert zu dotieren. Trotzdem haben viele Schulleitungen ihre großen Sorgen zum Ausdruck gebracht, dass die Zahl der zugewiesenen Stellen bei weitem nicht ausreichen würde, um die Zahl der Altersabgänge, aber ganz besonders die Vielzahl der in Mutterschutz oder Elternzeit gehenden Lehrkräfte aufzufangen. Das Ministerium hat sich deshalb, aber auch wegen der im Vergleich zur Ersatzbedarfsprognose niedrigen Stellenfreisetzung, entschlossen eine außerplanmäßige weitere Stellenauswertung im Juli 07 exklusiv für die Gymnasien zu fahren. Interessanterweise übertraf die Stellenfreisetzung zu diesem Zeitpunkt den Swing bei den Gymnasien um rund 50 %. Auffallend bei der Analyse war die überraschend hohe Zahl der Elternzeitfälle. Die zusätzlich über Elternzeit freigewordenen Stellen wurden umgehend für die bereits laufende Lehrereinstellung freigegeben. . Besonders die durch die Vielzahl der Mutterschutz- und Elternzeitfälle drohenden Unterrichtsausfälle und die zur Neige gehenden sogenannten Nebenlehrermittel haben letztlich bewirkt, dass im Einvernehmen mit der Finanzseite die Deckelung der Nebenlehrermittel aufgehoben werden konnte. Mittelschöpfungen sind ab diesem Zeitpunkt in voller Höhe der freien Stellen möglich. Notwendige Ersatzeinstellungen in Mutterschutz- und Elternzeitfällen sollten daher künftig nicht an der Mittelfrage scheitern. Das ist für die Sicherung der Unterrichtsversorgung während des Schuljahres ein entscheidender Fortschritt. Vor allem dann, wenn mittelfristig wieder genügend Lehrkräfte auf dem Arbeitsmarkt zu finden sein werden.
- Die letzte Stellenauswertung kurz vor Schuljahresbeginn findet traditionell **Mitte August** statt. Hier bestätigte sich der Trend der Sonderauswertung: die Zahl der zu-

sätzlich freigewordenen Stellen lag doppelt so hoch wie der geschätzte Swing. Auch diese jetzt exakt feststellbaren freiwerdenden Lehrerstellen wurden umgehend für die Einstellung freigegeben. Weitere Einstellungsmöglichkeiten kamen mit dem Beschluss der Regierungsfractionen am 13. September 07 zur Entsperrung von 307 Lehrerstellen hinzu. Denn 80 Stellen davon sollten sofort noch für die Sicherung der Unterrichtsversorgung im eben begonnenen Schuljahr 07/08 für jene Standorte genutzt werden, bei denen ansonsten hätten Klassen nahe oder über dem Klassenteiler gebildet werden müssen.

Vor diesem Hintergrund war die Einstellungssituation für das Schuljahr 2007/08 geprägt von einer schrittweisen Erhöhung der Einstellungsmöglichkeiten. Bei der in diesem Schulbereich vorhandenen Bewerberknappheit in bestimmten Regionen aber auch insbesondere in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern war diese schrittweise Erhöhung suboptimal. Auch deshalb, weil der Bereich der beruflichen Schulen wiederum einen hohen Einstellungsbedarf hatte und vor allem für die allgemeinen Fächer Gymnasiallehrkräfte suchte.

Die ungewöhnlich starke Abweichung vom Swingwert zu den zusätzlich noch freigewordenen Stellen im Rahmen der Augustauswertung nötigte, eine genaue Ursachenanalyse durchzuführen. Am Ende der zeitintensiven Untersuchung in Kooperation mit dem Regierungspräsidium Stuttgart scheinen zwei Gründe für diese Abweichung ursächlich zu sein.

Sehr häufig ergab die Überprüfung ein weites Auseinanderfallen vom Tag der möglichen Antragsstellung auf Elternzeit und der stellenwirksamen Eingabe über L-DIPSY. Wie sich rasch herausstellte, wurde die Überwachung von Mutterschutz und Antrag auf Elternzeit seit zwei Jahren auf die Ebene der Schulleitungen abgeschichtet. Wie in vielen Einzelfallprüfungen nachgewiesen, wurde diese Überwachung und Meldung von Seiten der Schulleitungen sehr unterschiedlich durchgeführt, d.h. in vielen Fällen zu spät gemeldet. Wenn bessere Datengrundlagen für die Zahl der besetzbaren Stellen künftig vorhanden sein sollen, muss an die Schulleitungen appelliert werden, diese Überwachungsfunktion sorgfältig wahrzunehmen. Nur wer rechtzeitig den Antrag auf Elternzeit an die zuständige Behörde weitergibt, und diese so die stellenwirksame Veränderung rechtzeitig verbucht, kann erwarten, für die dadurch freigewordene Stelle eine Ersatzeinstellung zu erhalten. Vorausgesetzt, die Bedarfslage erfordert dies.

Nicht auszuschließen sind verwaltungsreformbedingte längere Laufzeiten von der Schulleitung über die untere Schulaufsichtsbehörde bis zur personalführenden oberen Schulaufsichtsbehörde.

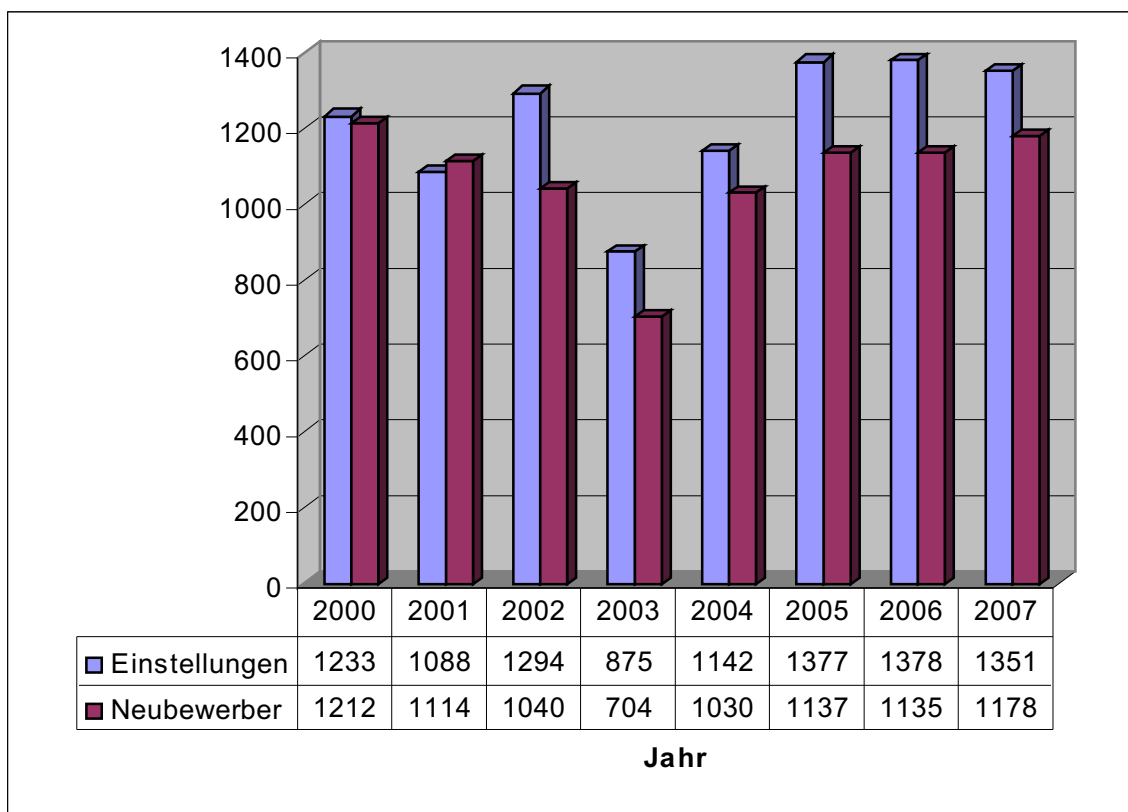
Nachdem nun die Hauptgründe nachweislich bekannt sind, schließen sich Überlegungen an, wie dagegen vorgegangen werden kann. Die Neujustierung der Verwaltungsreform ist entschieden. Daher wird mittelfristig die Dauer der Laufzeit keine besondere Rolle mehr spielen. Ob die Abschichtung auf die Ebene der Schulleitungen auch künftig noch Bestand haben kann, wird zu überlegen sein.

### ***Die Einstellungssituation – Daten und Prognosen***

Auch im Jahr 2007 bleiben die Einstellungszahlen mit insgesamt 1.351 Einstellungen hoch. Von den etwa rund 1.180 Neubewerbern konnten etwa 910 eingestellt werden, das entspricht einer sehr hohen Soforteinstellungsquote von etwa 80 %. Wegen der nicht einfachen Bewerbergewinnung in einzelnen Mangelregionen oder Mangelfächern wie etwa Mathematik und Physik und dem Ziel, möglichst keine Klasse unversorgt zu lassen, wurden 73 Realschullehrkräfte eingestellt. 640 der eingestellten Gymnasiallehrkräfte

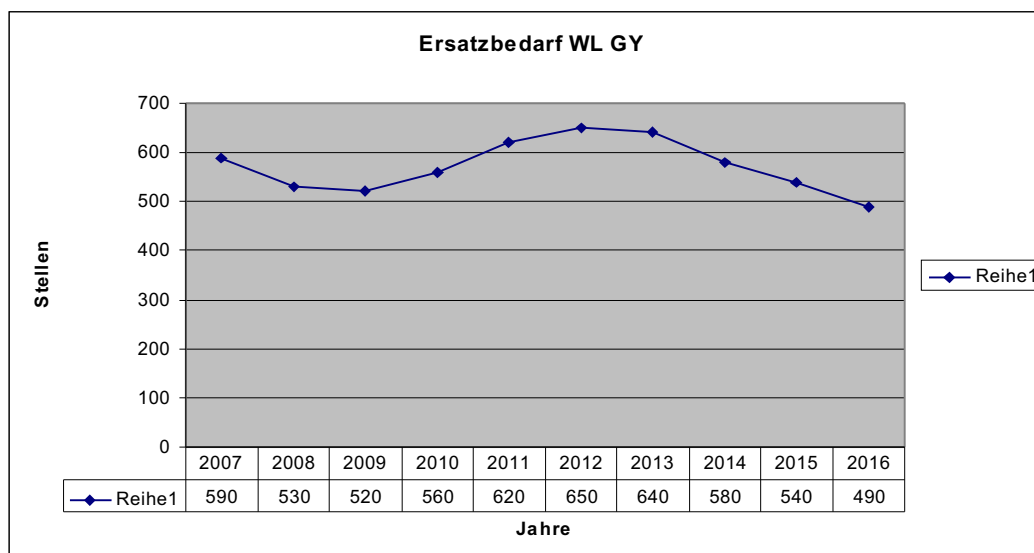
wurden über das schulbezogene Stellenausschreibungsverfahren gewonnen. Erneut liegt der Frauenanteil mit über 60 % sehr hoch.

Inzwischen ist der Arbeitsmarkt besonders für Gymnasiallehrkräfte mehr oder weniger "leergefegt". Dazu beigetragen haben die erfreulich guten Einstellungszahlen seit der Jahrtausendwende.

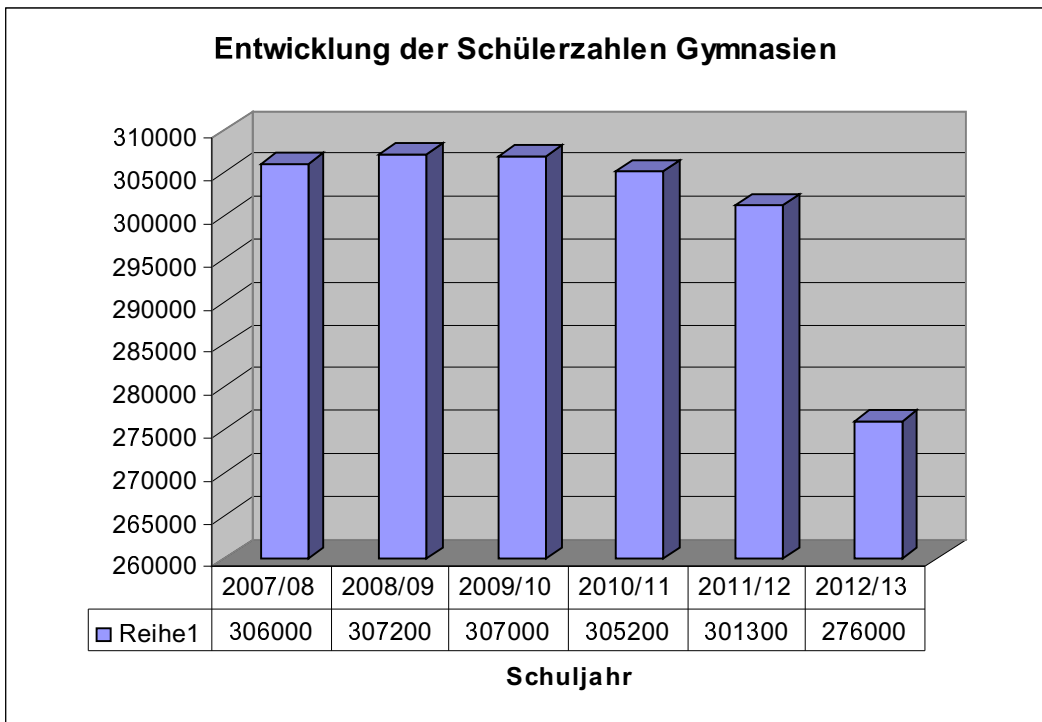


In dieser Zeit wurden 9.739 junge und gut ausgebildete Lehrkräfte an den öffentlichen Gymnasien eingestellt. Auf diese Weise wurde bei einem derzeitigen Bestand von etwa rund 21.300 Lehrkräften nahezu die Hälfte, genau 46 %, ausgewechselt. Mittlerweile ist das Durchschnittsalter der Lehrkräfte im Sinken begriffen.

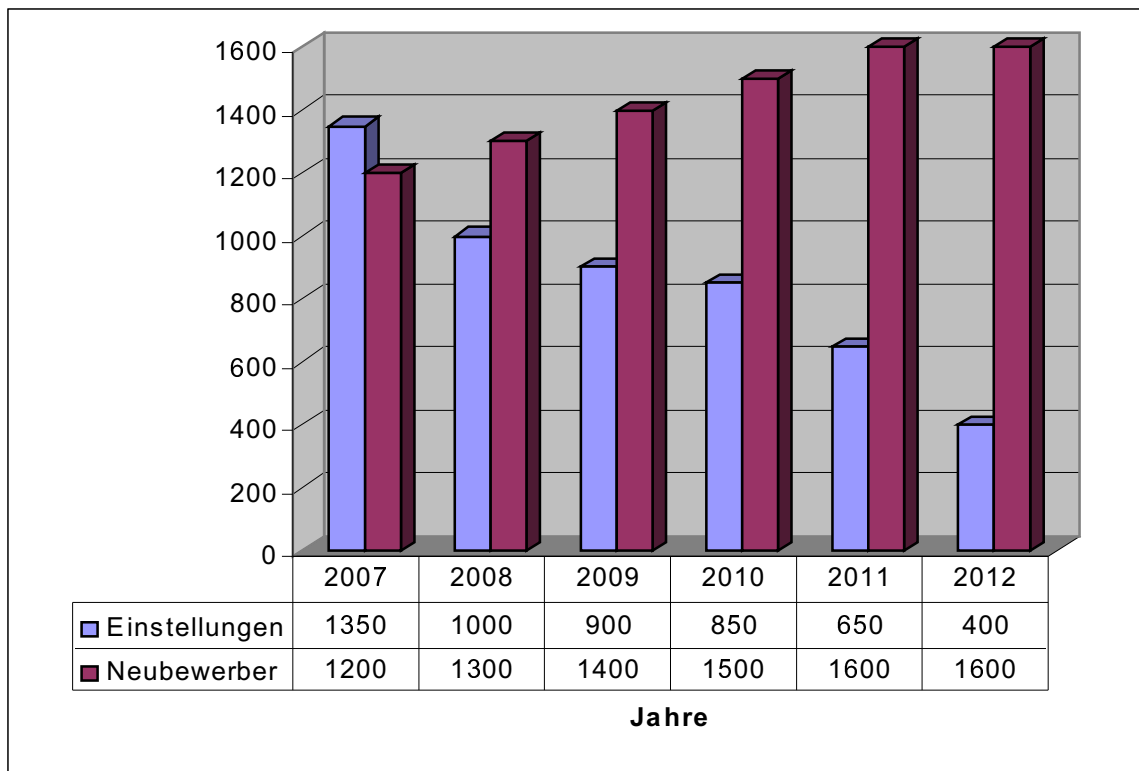
Sofern die üblichen Unwägbarkeiten unbeachtet bleiben, kann aufgrund der Ersatzbedarfsprognose, der aktuellen Schülerzahlvorausrechnung und der bekannten weiteren Bedarfsfaktoren der künftige Einstellungsbedarf abgeschätzt und dem voraussichtlichen Bewerberangebot - abgeleitet mittels Schwund- und Auswahlquote aus den Zahlen der Lehramtsstudierenden Gymnasium – gegenübergestellt werden. Während der Ersatzbedarf sich ab 2011 auf einem Hochplateau befinden und ab 2013 stetig abnehmen wird,



werden die Schülerzahlen bereits nach dem Schuljahr 2008/09 oder 2009/10 zurückgehen. Ob dies so eintreffen wird, hängt mit davon ab, ob die gesetzte Übergangsquote auf die Gymnasien unverändert bleibt. Steigt diese weiter, erhöht sich im entsprechenden Umfang die Schülerzahl.



Sofern diese Vorausschätzungen Wirklichkeit werden, unterschreitet schon ab dem Jahr 2008 die Zahl der Einstellungen die Zahl der Neubewerber, um dann in steilen Stufen weiter abzusinken. Nach dem Verlassen des doppelten Abiturjahrgangs zum Sommer 2012 wird zwangsläufig der Einstellungsbedarf bei den Gymnasien auf ein sehr niedriges Niveau absinken müssen. Sicherlich hängt diese Einschätzung davon ab, ob politisch gegengesteuert wird. Die Grundtendenz abnehmender künftiger Einstellungszahlen wird sich aber nicht mehr mittelfristig ändern.



## **Sicherung der Unterrichtsversorgung in Zeiten des Bewerbermangels**

Die entscheidende Frage wird sein, ob in Zeiten des Bewerbermangels - grafisch dargestellt in den Jahren 2008 und voraussichtlich noch 2009 - auch schwächere Lehrkräfte oder Lehrkräfte aus anderen Lehramtsausbildungsgängen eingestellt werden sollen, oder ob es Möglichkeiten gibt, den Einstellungsbedarf noch zwei drei Jahre zu strecken, damit dann, wenn zumindest ab 2011 wieder viele Neubewerber aus den Vorbereitungsdiensten kommen, noch einigermaßen vernünftige Einstellungschancen bestehen.

Zunächst sollten alle Beteiligten ihr Augenmerk darauf richten, dass wieder verlässliche Stellenzahlen vorliegen können. Dann kann schon frühzeitig im Jahr über die vorgezogene Einstellungsbranche ländlicher Raum sowie die schulbezogene Stellenausschreibung insbesondere im Internet auf Bewerbersuche gegangen werden. Im Zeitraum Februar bis April besteht noch nicht der später einsetzende Wettbewerb um die gewünschten Lehrkräfte zwischen den benachbarten Bundesländern. Einen wichtigen Beitrag hierzu können die Schulleitungen leisten, wenn diese Mutterschutz und Elternzeitfälle rechtzeitig prüfen und melden, damit diese über L-DIPSY zeitnah verbucht werden können.

Hilfreich wäre sicher auch, wenn die so genannte Bugwelle in den nächsten zwei Jahren nicht abgebaut würde. Denn der Abbau führt zwangsläufig in Zeiten steigender Schülerzahlen zu einem Einstellungsbedarf. Dieser würde zu einer weiteren Verknappung führen. Auch unter dem Gesichtspunkt, den Neubewerbern nach 2010 noch akzeptable Einstellungschancen zu ermöglichen, wäre ein Hinausschieben der Bugwelle sinnvoll. Das Land garantiert den Anspruch auf Regelstundenmaßausgleich, eine Verjährung muss also nicht befürchtet werden. Hilfreich wären hier Flexibilisierungen für Lehrkräfte, die sich in noch belastbaren Jahren ein Zeitguthaben ansparen wollen. Das entlastet den Einstellungsbedarf und eröffnet den Lehrkräften die Option, den Regelstundenmaßausgleich kumuliert in zeitlicher Nähe zum beantragten oder gesetzlichen Ruhestand zu nehmen. Hierzu hat sich die Landesregierung noch nicht festgelegt, es sind insofern erste Überlegungen zur Entspannung der Einstellungssituation.

Großer Erfolg beschieden war dieses Jahr die erstmals durchgeführte Tranche Stellenausschreibung ländlicher Raum im Februar. Über dieses vorgezogene Verfahren konnten in sonst weniger nachgefragten Standorten rund 200 qualifizierte Gymnasiallehrkräfte eingestellt werden.

In Gesprächen mit den Seminaren ist erreicht worden, dass vor allem Gymnasien in ländlichen Standorten wie Bopfingen trotz der Entfernung zum Seminarstandort Stuttgart Referendare bzw. Referendarinnen erhält. Hierzu bedarf es einer fürsorglichen Behandlung durch die dortige Schulleitung wie auch der Unterstützung des örtlichen Bürgermeisters. Nicht selten werden an den Schulstandorten Freundschaften geschlossen, die fürs Leben halten, oder den jungen Leuten gefällt Stadt und Umland ausnehmend gut. Zumindest eröffnen sich durch diese Maßnahme Chancen für die ansonsten weniger nachgefragten Gymnasien an peripheren Standorten.

Denkbar vor allem bei der Suche nach qualifizierten Vertretungslehrkräften -, auch dieser Markt ist durch die hohen Einstellungszahlen schon ziemlich "ausgetrocknet" - ist eine frühere Rückkehr beurlaubter Lehrkräfte. Derzeit ermittelt das Kultusministerium zusammen mit dem Regierungspräsidium die Zahl der beurlaubten Gymnasiallehrkräfte und will diese standortscharf mit Angabe der Lehrbefähigungen und der restlichen Beurlaubungszeit den Schulleitungen zur Verfügung stellen. Möglicherweise lässt sich eine beurlaubte Lehrkraft durch die Schulleitung überzeugen, früher als beantragt an die ehemalige Schule zurückzukehren.

Bleibt zu hoffen, dass die geschilderten Maßnahmen greifen, auch zum Wohle der in großer Zahl Studierenden im Lehramt für Gymnasien. Die jeweils aktualisierten Einstellungschancen für den öffentlichen Schuldienst in Baden-Württemberg können über das Internetportal [www.lehrereinstellung-bw.de](http://www.lehrereinstellung-bw.de) eingesehen werden.

Zum Stand Januar 2007 steht dort für jene, die im Studienjahr 2007/2008 ein Lehramtstudium für Gymnasien begonnen haben und sich voraussichtlich in den Jahren 2013 oder 2014 bewerben wollen:

„Im Lehramt an Gymnasien werden die Einstellungszahlen aufgrund sinkender Schülerzahlen ab etwa 2011/2012 stark rückläufig sein. Gemessen am künftigen Bedarf ist dabei die in den vergangenen Jahren - trotz entsprechender Hinweise des Kultusministeriums - weiter angestiegene Zahl der Studienanfänger/-innen als erheblich zu hoch einzuschätzen. Insofern werden die künftigen Einstellungschancen deutlich weniger gut sein als heute. Genau überlegt werden sollte daher, welche Fächerkombination künftig gefragt sein wird. Ausgenommen die Fächer Evangelische bzw. Katholische Religion, Physik, Musik, Bildende Kunst und Sport sind alle anderen Fächer drastisch überbelegt.“